

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. f. w.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 176

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 81.—
monatlich M. 27.—

Halver

Samstag, den 29. Juli 1922

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe und 38 mm Breite
80 Pfg., auswärts 1 M., im Restamteil 1 mm Höhe
und 90 mm Breite 3.— M.
Offerten-Befragung 3.— M.

22. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Ministerrat in Berlin, der über die bayerische Angelegenheit beriet, wurde vertagt, da Reichspräsident Ebert die persönliche Initiative zu einem friedlichen Ausgleich ergriffen hatte. Für Donnerstagabend war ein neuer Ministerrat einberufen.

* Die Frage der Einberufung des Reichstages wegen des bayerischen Konflikts wird vorläufig abwartend behandelt. Präsident Ebert will den Ältestenrat erst in der nächsten Woche befragen.

* Pariser Blätter wollen wissen, Lloyd George habe die Absicht, die Konferenz mit Poincaré bis zum September zu verschieben und bis zur Beendigung aller Vorarbeiten für die Konferenz dem Deutschen Reich einen provisorischen Zahlungsausschuss zu bewilligen.

* Vierpant Morgan soll Anfang September einer erneuten Sitzung des Bankenausschusses in Paris zur Besprechung der Anleihefragen für Deutschland beizuwohnen.

* Der polnische Reichstag lehnte ein Mißtrauensvotum gegen den Staatschef Pilsudski ab, was die Zurückweisung des Vorstoßes Korfantus bedeutet.

* Der Rat der Volkskommissare in Moskau hat ein Dekret erlassen, durch das alle russischen Geldzeichen, die bis zum Jahre 1922 gedruckt wurden, vom 1. Oktober an als ungültig erklärt werden.

Einträchtige Arbeit.

Von einem den bürgerlichen Mittelparteien nahestehenden Politiker wird uns aus Berlin geschrieben:

Manchen Heißspornen mag es nicht rasch genug gehen mit der Entscheidung des Konflikts, der zwischen Bayern und dem Reich unverzüglich ausgebrochen ist. Aber auf die Fügigkeit von Entscheidungen kommt es jetzt weniger an, als auf ihre Richtigkeit, und es kann und darf ja nicht anders sein, als daß die Reichsregierung sich der großen Verantwortung, die sie zu tragen hat, in vollem Umfange bewußt ist. Alle Feinde Deutschlands — und es gibt deren immer noch mehr, als wir uns träumen lassen — lauern nur auf den ersten Spalt, der sich in dem Gefüge des Reichsgebäudes zeigen möchte, um mit gewohnter Geschäftlichkeit dann hinein- und nachzustößen und so zum Einsturz zu bringen, was unsere Väter zusammengeschmiedet haben. Der Ministerrat, der am Donnerstag unter Vorsitz des Herrn Reichspräsidenten bestimmte Forderungen an Bayern formulieren sollte, ist zunächst vertagt worden. Wie es heißt, wegen anderweitiger wichtiger Staatsgeschäfte des Reichsoberhauptes. Man darf aber wohl als sicher annehmen, daß diese anderweitigen Geschäfte gleichfalls mit der Bayern-Angelegenheit in Verbindung stehen, denn eine wichtigere Aufgabe als diese steht im Augenblick ganz gewiß für unsere regierenden Herren nicht auf der Tagesordnung.

Merkwürdig ist bei all den Auseinandersetzungen, aus denen wir nicht herauskommen, wie sehr doch immer wieder das allgemeine Vertrauen, sobald die Dinge schief zu gehen drohen, sich der Person des Reichspräsidenten zuwendet, dessen hohes Pflichtgefühl, getragen von unerschütterlicher Befonnenheit, als eine verhältnismäßig sichere Bürgschaft für die Aufrechterhaltung des inneren Friedens im Reich geschätzt wird, und zwar sichtlich bei fast allen Parteien von links nach rechts. Herr Ebert setzt denn auch diesmal wieder seinen ganzen Einfluß dafür ein, daß es zu keiner weiteren Verschärfung des Konflikts mit Bayern kommt, und daß man ohne Anwendung der letzten verfassungsmäßigen Mittel sich wieder zu einträchtiger Arbeit für das Wohl des Reiches zusammensindet. Auch der Reichstagspräsident Ebert ist für irgendwelche Überführung der zu fassenden Entschlüsse nicht zu haben, und dem Reichskanzler kann selbstverständlich auch nichts daran gelegen sein, gegen Bayern vom Leder zu ziehen, so lange noch haben wie drüben Vermittlungsbemühungen im Gange sind. Man sieht einer persönlichen Fühlnahme zwischen ihm und dem Grafen Lerchenfeld entgegen — alles das natürlich unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß Bayern sich bereit findet, die formale Rechtsseinheit, das heißt also die Rechtsverbindlichkeit verfassungsmäßig zustande gekommener Reichsgesetze, auch für Bayern vorbehaltlos anzuerkennen. Der Entschluß dazu wird ihm aller Wahrscheinlichkeit nach durch Zugeständnisse prozeduraler Natur erleichtert werden. Jedenfalls werden sich die Schwierigkeiten, die unabweisbar vorliegen, nicht als unüberwindlich erweisen, wenn und so lange nur der ernsthafteste Wille zum Frieden auf beiden Seiten vorhanden ist.

Den zu fassenden Entschlüssen hat die Reichsregierung eine Art Aufruf an Bayern vorausgeschickt, worin der Erlaß einer besonderen landesrechtlichen Verordnung durch die bayerische Regierung entgegen dem Inhalt der Reichsgesetze zum Schutze der Republik als ein folgenreicher Schritt bezeichnet wird. Zum erstenmal seit der Begründung des Reiches sei damit der Zustand eingetreten, daß eine Landesregierung einem verfassungsmäßig zustande gekommenen Reichsgesetz für ihr Gebiet die Geltung verweigert. Einstimmig sei die Reichsregierung der Auffassung, daß diese Verordnung der bayerischen Regierung verfassungswidrig und ungültig sei. Würde man den Ländern die Befugnis zugestehen, das Inkrafttreten eines Reichsgesetzes zu verhindern, so würde das mit Recht eine Gefährdung der deutschen Rechtsseinheit bedeuten. Auch davon dürfte nicht gesprochen werden, daß das Gesetz zum Schutze der Republik die in der Verfassung begründeten Grundsätze wahrer Demokratie verletze und den Tendenzen zur Errichtung einer Maffenherrschaft und eines sozialistischen Einheitsstaates entgegenkomme. Dieser Vorwurf müßte um so nachdrücklicher zurückgewiesen werden, als er sich nicht nur gegen die Reichsregierung und gegen die Verantwortung für Reich und Verfassung sich bewußter großer Parteien, sondern auch gegen die Regierungen aller anderen deutschen Länder richtet. Die Reichsregierung bedauere um so mehr, daß durch den Schritt der

bayerischen Regierung neue Wirren und Gefahren über Deutschland heraufbeschworen werden, als die außenpolitische Lage des Reiches gerade gegenwärtig ein einmütiges Zusammenstehen von Ländern und Reich zur Pflicht mache. Andererseits wird in der Erklärung anerkannt, daß der bayerische Ministerpräsident auch jetzt wieder ein klares und festes Bekenntnis zum Reiche und zur verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform abgelegt hat. Auf Grund dieses Bekenntnisses erwartet die Reichsregierung, daß Bayern sich den Forderungen nicht entziehen werde, welche sie im Interesse der Einheit des Reiches zu stellen genötigt sein werde.

Gegen Ton und Inhalt dieses Aufrufes wird in Bayern schwerlich etwas Durchschlagendes eingewendet werden können. Auch dort scheint die erste Erregung verflogen zu sein, so daß man hoffen darf, den an und für sich sehr traurigen Zwischenfall alsbald wieder aus der Welt geschafft zu sehen.

Nordbayerische Meinungen.

Bei dem Empfang nordbayerischer Bürgermeister durch den Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld erklärte der Vorträger der Abordnung, infolge der herrschenden Unklarheit über die Absichten der Regierung und der Regierungsparteien sei in den nordbayerischen Städten eine tiefgehende Erregung entstanden. Er wies auf Gerüchte hin, die über Lösungsabsichten dort verbreitet waren. Inzwischen sei die Berordnung mit der Begründung durch die Staatsregierung erschienen, weiterhin sei über die Absichten der größten bayerischen Partei eine eingehende Darlegung erfolgt. Auf Grund der neuen Tatsachen erachte der Vorträger eine Klärung insofern als gegeben, als die Besorgnisse über die Absicht einer Lösung vom Reich jeder Grundlage entbehren. Er bezeichnete ferner die Fortsetzung der eingeleiteten Aufklärungsarbeit als erwünscht um die Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten.

Kein Generalfreik gegen Bayern.

Zu einer aus Berlin kommenden Meldung über angebliche Vorbereitungen des Aktionsausschusses der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteien betreffend einen eventuellen Generalfreik und die Abschneidung Bayerns von den Rohstoffen und Kraftquellen des übrigen Reiches erklärt die sozialdemokratische Münchener Post, daß hierzu nicht der mindeste Anlaß gegeben sei. Selbstverständlich habe die Leitung der Sozialdemokratie so gut wie die jeder anderen Partei das Recht, in Anbetracht der außerordentlichen Lage in Beratungen über sie einzutreten. Was man aber in dieser Meldung als Ergebnis schon im voraus verkünden zu dürfen glaube, sei lediglich Stimmungsmache und ein gefährliches Spiel mit dem Feuer.

Lärmjagen im bayerischen Landtag.

In der Mittwochssitzung des bayerischen Landtags kam es nachmittags zu erregten Auseinandersetzungen. Der unabhängige Abgeordnete Nitzsch griff die Regierung heftig an, nannte sie die „Partei der Mordelken“ und behauptete, wenn die bayerische Regierung so fortfahre, sie von der Geschichte auf die gleiche Stufe wie Leopoldin gestellt werden würde. Ein ungeheurer Lärm erhob sich auf der Rechten des Hauses. Der Präsident erteilte dem Abg. Nitzsch zwei Ordnungsrufer, und aus der Rechten hörte man den Ruf: „So ein Kerl sitzt im Landtag“, worauf die Linke in Entrüstung geriet und der Ruf zur Ordnung gerufen wurde. Die heftige Polemik zwischen den Parteien dauerte bis zum Schluß der Sitzung an.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Fehlbeträge der Post.

Nach dem vorläufigen Abschluß des ordentlichen Haushalts des Reichspostministeriums für 1921 betragen die Einnahmen 10,287 Milliarden Mark, während sich die Ausgaben auf 13,252 Milliarden Mark belaufen. Hiernach stellt sich der voraussichtliche Fehlbetrag auf 2,965 Milliarden Mark, das ist gegenüber dem Haushaltsanfang für 1921 von 3358 Millionen Mark eine Verbesserung um 893 Millionen Mark. Der Fehlbetrag ist hiernach wesentlich geringer, als bei der Aufstellung des Haushalts für 1921 und seiner Nachträge angenommen war. Die Verbesserung des Ergebnisses ist, abgesehen von den Gebühren-erhöhungen, im wesentlichen auf die von der Post- und Telegraphenverwaltung eingeleiteten Maßnahmen zur Vereinfachung und Verringerung von Verwaltung und Betrieb zurückzuführen.

Exportabgabe für die Presse ab 1. August.

Auf Betreiben der Außenhandelsstellen ist die Inkraftsetzung der Ausfuhrsteuer zugunsten der Presse bis zum 1. August hinausgeschoben worden, damit Exportindustrie und Exporthandel sich darauf vorbereiten können. Von diesem Tage an werden außer den bisherigen Gebühren für die Bearbeitung der Anträge durch die Außenhandelsstellen und der Abgabe von 0,5 pro Mille für das Reich nun noch ein dritter Betrag in Höhe von 1,5 pro Mille für die Presse berechnet und gleichzeitig mit den beiden anderen Gebühren von der Außenhandelsstelle eingezogen werden.

Vergebliche Waffensuche der Entente.

Bei der Polizeikommission in Jena erschien eine Entente-Kommission, bestehend aus zwei französischen Offizieren, in Begleitung eines deutschen Verwaltungsbeamten und eines Beauftragten des Thüringer Ministeriums. Sie erklärte, eine Anzeige erhalten zu haben, nach der in einem Expeditionsgeschäft eine größere Menge Militärwaffen, Munition und Ausrüstungsgegenstände verborgen gehalten würden, und bat um Untersuchung der Angelegenheit. Bei der in Gegenwart der Entente-Kommission an-

gestellten Durchsuchung der in Frage kommenden Expeditionsfirma wurde nichts Befindendes gefunden. Die Kommission ist daraufhin wieder abgereist.

Die Erhöhung der Beamtengehälter.

Der Überwachungsausschuss des Reichstages behandelte die neuen Beförderungserhöhungen. Ein Vertreter des Reichsfinanzministers berichtete über das Ergebnis der Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen, mit dem sich auch der Ausschuss einverstanden erklärt hat. Diese Erhöhungen betragen für Juli 55 Prozent, also insgesamt 160 Prozent, und für August 80 Prozent, also insgesamt 185 Prozent, daneben bleibt der Kopfschlag von 55 Prozent für die ersten 10 000 Mark unverändert bestehen. Im ganzen macht die Erhöhung gegenüber den jetzigen Bezügen im Juli etwa 24 Prozent und im August etwa 34 Prozent aus, wie schon bekannt geworden ist. Der Ausschuss stimmte der Vorlage zu, ebenso einer Erhöhung der Bezüge des Reichspräsidenten entsprechend der Erhöhung der Bezüge der übrigen Beamten, auf einem Jahresbetrag von 1,4 Millionen Mark im Juni, 1,6 Millionen im Juli und 1,8 Millionen im August.

Die entworfene französische Fahnen.

Anfang 1919 wurden französische Fahnen aus der Garnisonkirche in Potsdam nach dem Berliner Zeughaus und später nach dem Kriegsministerium verbracht, wo sie verwendet worden sind. Die französische Regierung hat die Auslieferung dieser Fahnen verlangt. Bisher ist es nicht gelungen, die Täter ausfindig zu machen. Die Reichsregierung wird daher jetzt eine Befragung von 100 000 Mark auf die Auffindung der Täter aussetzen.

Vereinigung der Offiziers-Pensionsämter.

Die bisherigen Pensionsabteilungen für das ehemalige Heer und die ehemalige Marine, sowie die Pensionsabteilungen für ehemalige bayerische, sächsische und württembergische Offiziere in München, Dresden und Stuttgart sind zu dem „Reichspensionsamt für die ehemaligen Wehrmacht“ vereinigt worden. Die Anschrift lautet: Berlin SW. 48, Berl. Seemannstraße 8. Die ehemaligen Pensionsabteilungen bleiben als Abteilungen des Reichspensionsamtes an ihren bisherigen Orten.

Kredithilfe für Studenten.

Einem Antrage der Regierung auf Kreditbeihilfe des Reiches an die Wirtschaftsbefähigung der deutschen Studentenschaft stimmte der Überwachungsausschuss des Reichstages zu. Staatssekretär Schulz vom Reichsministerium des Innern begründete diese Beihilfen, die ein unverzinsliches Darlehen von 15 Millionen Mark als Betriebskapital zur Erhaltung und zum Ausbau der Studentenpensions-einrichtungen sowie einen Beitrag von 30 Millionen Mark zur „Darlehnskasse der Deutschen Studentenschaft“ vorzulegen.

Italien.

X Blutige Straßenkämpfe. In Ravenna hat sich die seit einigen Tagen herrschende Spannung zwischen den Faschisten und den Linksparteien zu außerordentlich blutigen Straßenkämpfen mit zahlreichen Todesopfern entwickelt. Die Kommunisten hatten vom Lande Verstärkungen herangezogen und den offenen Kampf gegen die Faschisten aufgenommen. Hierbei wurden durch drei Bomben mehrere Personen verletzt. Ein Faschist wurde zu Tode geprügelt. Als die Polizei einschritt, kam es zu regelrechten Straßenkämpfen, die über eine Stunde dauerten und bei denen es zahlreiche Tote und Verletzte gab.

Rußland.

X Englands Weißbuch über die Haager Verhandlungen. Das englische Weißbuch über die Haager Konferenz hebt besonders die kategorische Weigerung der Sowjets in der Frage der Wiedererstattung hervor. Der Versuch, praktische Sicherheiten zu Kompensation zu finden, sei gescheitert. In Wirklichkeit seien die Beschlüsse von Cannes nicht angenommen. So lange die russische Regierung nicht befreit sei, mit fremdem Geist und fremdem Kapital zusammenzuarbeiten, könne die russische Industrie sich nicht erholen. Augenblicklich sei keine Einigung möglich.

Polen.

X Der Reichstag gegen Korfantus. In der Vollversammlung wurde durch namentliche Abstimmung das Mißtrauensvotum der Rechten gegen den Staatschef Pilsudski mit 205 gegen 187 Stimmen bei vier Stimmenthaltungen abgelehnt. Sofort nach Bekanntgabe des Resultats der Abstimmung verließen die Rechtsparteien mit dem nationalistischen Trampczynski demonstrativ den Sitzungssaal, während die zurückgebliebenen Linke und die Sozialisten patriotische Gesänge anstimmten.

Aus In- und Ausland.

Riel. Reichswirtschaftsminister Schmidt ist zum Besuch der Stadt Riel und des Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr eingetroffen. Insbesondere gilt der Besuch Besprechungen über die wirtschaftliche Umstellung der Stadt Riel.

Darmstadt. Im Hessischen Landtag wurden von der deutschen Volkspartei eingebrachte Mißtrauensklärungen gegen den Staatspräsidenten und den Minister Stöck abgelehnt. Die Mißtrauensklärungen bezogen sich auf die Rathenau-Demonstration, die Kaiserin usw.

Jena. Die thüringische Regierung hat eine Anzahl höherer Beamten von ihren Ämtern entbunden unter der Begründung, diese Beamten hätten gegen die jetzige Verfassung und Regierung agitiert.

Stuttgart. Als Sitz des Reichsverwaltungsgerichtshofes ist, wie nunmehr endgültig feststeht, Stuttgart in Aussicht genommen. Der Reichsverwaltungsgerichtshof wird in der Villa Reichenstein untergebracht werden.

Miga. Es gelang den Streitkräften der Sowjetarmee, Erwerbslos bei Buzara eine energiegeladene Niederlage beizubringen.

Moratorium und Anleihe.

Sommer wieder Konferenzen und Beratungen. Auch dieser Sommer scheint unter lauter Ankündigungen von neuen Konferenzen über die Notwendigkeit eines Moratoriums oder einer Anleihe für Deutschland schwinden zu sollen, ehe daß es zu irgendeiner positiven Entscheidung kommt. So wird jetzt wieder aus London berichtet, es werde bei den dortigen maßgebenden Stellen erwogen, ob die Zusammenkunft Poincarés mit Lloyd George nicht um einige Wochen verschoben werden sollte. Auch die „Times“ betonen, daß in ministeriellen Kreisen Anfang September als das geeignetste Datum angesehen wird. Es wird ausgeführt, daß es leicht sei, Deutschland ein zeitweiliges Moratorium für die nächsten Zahlungen zu bewilligen. In der „Westminster Gazette“ wird betont, wenn die Zusammenkunft der beiden leitenden Männer Frankreichs und Englands so lange in der Schwebe bleibe, müßte unbedingt Deutschland ein Moratorium für die August-Zahlung bewilligt werden, da es, falls Deutschland gezwungen würde, diese zu leisten, zweifellos einen weiteren Fall der Mark nach sich ziehen würde und auch den Franken in Mitleidenschaft zöge. Aber diese Vertagung wird die Frage nicht auf lange Zeit lösen, und der Ausblick Europas auf den kommenden Winter wird nur weniger dunkel sein, wenn man aufrichtig versucht, eine Lösung zu finden, durch die die Reparationssumme auf eine vernünftige Ziffer zusammengestrichen wird.

Neue Bankierberatungen.

Schon vor einiger Zeit wurde behauptet, die feinerzeit als zwecklos vertagte Bankierkonferenz sei bereit, unter den jetzigen Umständen ihre Arbeit wieder aufzunehmen.

„Chicago Tribune“ behauptet, daß Pierpont Morgan auf eine offizielle Anfrage der französischen Regierung aus England mitgeteilt habe, daß er bereit sei, einer Sitzung des Bankierausschusses in Paris Anfang September beizuwohnen. Das französische Kabinett glaube, daß die alliierte Kontrolle der deutschen Finanzen eine ausgezeichnete Grundlage für die Anleihe sei und ein vierites Moratorium die Klärung der politischen Atmosphäre gewährleisten werde.

Vor allen Dingen hält man in Frankreich an dem Gedanken fest, daß zunächst alle Versuche, Deutschlands Wirtschaft in Ordnung zu bringen, einzig und allein um französischer Interessen willen geschehen müßten. Rücksichten auf das übrige Europa scheinen in Paris unbelannt zu sein. Solange die französischen Nasenspitzenpolitiker über diese ihre Eigenart nicht hinwegkommen, sind sie ungeeignet, zur allgemeinen Gesundung etwas beizutragen.

Notopfer und Zwangsanleihe.

Anrechnung zuviel gezahlter Beträge.

Nach Paragraph 36 des Vermögenssteuergesetzes ist das Reichsnotopfer nur in Höhe von 10 Prozent des abgabepflichtigen Vermögens, mindestens aber in Höhe von 33 1/3 Prozent des gesamten Notopfers, und bei Vermögen über 1.027.000 Mark mindestens in Höhe von 40 Prozent des gesamten Notopfers zu entrichten. Die hierüber hinaus bereits entrichteten Notopferbeträge sind auf Antrag entweder zurückzuerstatten, oder auf die geschuldete Zwangsanleihe anzurechnen. Wer von dem letzteren Recht Gebrauch machen will, hat den Antrag gleichzeitig mit der Abgabe der Vermögenssteuererklärung, die im Januar 1923 stattfinden soll, zu stellen. Als Zeichnungskurs wird, da sich die überzahlten Beträge bereits im Besitz des Fiskus befinden, der des Juli, also 94 Prozent angesetzt. Wer also zum Beispiel durch Eingabe selbstgezeichneter Kriegsanleihe oder in bar sein Notopfer in Höhe von 200.000 Mark entrichtet hatte, hierauf aber 80.000 Mark zurückzuerhalten und an Zwangsanleihe 90.000 Mark zu zeichnen hat, erhält bei einem entsprechenden Antrag 80.000 Mark unter Zugrundelegung eines Zeichnungskurses von 94 Prozent, also 85.100 Mark, angerechnet, so daß er nur noch 4900 Mark Zwangsanleihe zu zeichnen hat.

Hiernach ist es zwecklos, schon jetzt solche Anträge auf Anrechnung bei den Finanzämtern zu stellen. Der Anrechnung überzahlter Reichsnotopferbeträge auf Zwangsanleihe beantragen will, braucht vorläufig in dieser Sache keine Schritte zu tun. Es genügt, wenn der Antrag bei Abgabe der Vermögenssteuererklärung gestellt wird; der günstige Juli-Zeichnungskurs von 94 Prozent ist dann auf jeden Fall gesichert.

Mag auch die Liebe weinen...

Roman von Fr. Lehne.

60 (Nachdruck verboten)

Beruhigend sagte er nach ihrer Hand. Sein Blick fiel darauf. Was war das für eine schöne, aristokratische Hand — schlank und weich und doch charaktervoll, mit schmalen, spitzen zulaufenden Fingern — gern hätte er seine Lippen darauf gedrückt; noch lieber aber auf den roten, traurigen, unaussprechlich süßen Mund. Und das Verlangen wurde so stark in ihm, daß er jäh ihre Hand fallen ließ und davonging.

Schmerzlich verwundert sah ihm Lore nach — hatte sie ihn beleidigt?

Am Abend traf Frau von Matthes' Antwort auf des Legationsrats Telegramm ein:

„Tausend Dank, lieber Graf. Bin sehr erfreut. Erwarte Fräulein Berger möglichst sofort, da ich auf Reisen gehen will.“ Jakob Matthes.“

Zwanzigstes Kapitel.

Als Lores Nachricht im Forsthaus eintraf, daß sie sofort eine andere Stellung angenommen habe, und deshalb nicht kommen könne, atmete Erich erleichtert auf. Er hätte die geliebte Schwester jetzt nicht hier haben wollen; seinem wegen und der Mutter wegen nicht. Ihn erfasste Angst, wenn er die Mutter ruhelos durchs Zimmer wandern sah, in leisem Selbstgespräch die Lippen bewegend...

Die Nachricht vom Tode des kleinen Ottokar Altvordern hatte sie ganz aus der Fassung gebracht. Vor drei Tagen war Lores Brief, der dies meldete, eingetroffen, und in diesen drei Tagen hatte sie kaum gegessen, getrunken oder geschlafen.

„Es ist Gottes Gericht, Erich, mein Sohn!“ Ihre Augen hatten unheimlich gekunkelt. „Gottes Gericht. Siehst du nicht seine strafende Hand? Erich, jetzt ist der Weg für dich zur Höhe frei geworden. Das Glück wird doch noch kommen!“

„Niemand, Mutter!“ rief er gequält. Was bedeutet das jetzt noch für ihn, da sein Glück längst in Trümmer gefallen war —

Lohnregelung im Kohlenbergbau.

Zustimmung von beiden Seiten in Aussicht.

Berlin, 27. Juli.

Zur Regelung der Lohnverhältnisse in den Stein- und Braunkohlenbezirken trat die Reichsarbeitsgemeinschaft für den Kohlenbergbau in den Räumen des Reichsarbeitsministeriums zusammen. Da im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft eine Einigung über die zu gewährende Lohnsteigerung nicht möglich war, so legte das Reichsarbeitsministerium einen Schlichtungsausschuß ein, der unter Vorsitz des Staatsministers Severing einen Schiedsspruch fällte, wonach die Schichtlöhne am 1. August 1922 um durchschnittlich 65 Mark, einschließlich einer Verbesserung des Hausgeldes und Kindergeldes, erhöht werden sollten. Die Vertreter des Zechenverbandes erklärten bereits die Annahme des Schiedsspruches, von den Gewerkschaften ist Annahme zu erwarten. Für die übrigen Kohlenreviere vereinbarten die Parteien Lohnsteigerungen, die in einem bestimmten Prozentverhältnis zu den Sätzen des Ruhrgebietes stehen sollen.

Sotales und Provinzielles.

Halver, den 29. Juli 1922.

□ Freundschaft. Es ist unmöglich, daß Menschen die Not dieser Zeit lange zu ertragen vermögen ohne Ruhepunkte für ihre Seelen. Die Feste, die gefeiert werden, die Tänze auf dem Kullan, bringen keine Erneuerung der Kräfte, abgesehen davon, daß sie den eifrigen Angehörigen der arbeitenden und sorgenden, breiten Volkschicht nicht zugänglich sind. Aber es bestehen noch Jugendbrunnen, die unerschöpflich fließen wie in alter Zeit; zu ihnen gehört die Freundschaft. Es gibt nichts Befriedigenderes, was das Leben zu bieten hätte, als das tiefe freundliche Verständnis, das nach dem Austausch vieler guter Dienste zwischen zwei tüchtigen Menschen bestehen kann, deren jeder seiner selbst und seines Freundes sicher ist. Für jeden Menschen ist es ein Segen, einen Freund zu haben, dem man durchaus vertrauen kann, der alles Gute und alles Böse von uns weiß und der uns trotz all unserer Fehler liebt, der zu uns die volle Wahrheit spricht; einen Freund, der uns berät in guten und bösen Tagen, der uns im Glück tadelt, wenn Übermut und Eigendünkel uns erfüllen, der uns aber auch tröstet und ermutigt, wenn Kummer und Trübsal uns bedrücken und wenn uns die andern allein lassen im Kampfe des Lebens. Nur großherzige Menschen können wahre Freunde sein, niedrige und feige Naturen können niemals wissen, was wahre Freundschaft bedeutet. So gibt es Menschen, die gar keinen vertrauten Freund, sondern nur Bekannte haben, entweder weil ihnen der Sinn für dies Seelenbedürfnis fehlt, oder weil sie eine erlittene Enttäuschung nicht verwunden können, oder weil ihre Gemütsart kalt, unerbittlich, verschlossen, zänkisch ist. Andere dagegen sind aller Welt Freunde, sie werfen ihr Herz jedermann vor die Füße — aber deswegen büßt sich keiner, es aufzuheben.

□ Wucher bei Benutzung des Fernsprechers. Der Inhaber eines Fernsprechanchlusses durfte sich früher für die Benutzung seines Anschlusses durch einen Dritten nur die Einzelgesprächsgebühren erstatten lassen, die er selbst an die Telegraphenverwaltung zu zahlen hatte. Seit dem 1. Oktober 1921 ist es jedoch seinem Ermessen überlassen, wieviel er sich erstatten lassen will. Daraus hat sich der Abnehmer entwickelt, daß besonders in Gastwirtschaften und Hotels ganz verschiedenartige Beträge, manchmal in einer Höhe, die zu den Selbstkosten in keinem Verhältnis steht, erhoben werden. Die Klagen über solche Überforderungen sind an den Reichswirtschaftsminister gelangt und haben ihn veranlaßt, nötigenfalls die Festsetzung einer Höchstgrenze in Aussicht zu nehmen, um auf diese Weise der Telegraphenverwaltung eine Möglichkeit zum Einschreiten zu bieten. Es würde sich, um einer bedrückenden Regelung vorzubeugen, empfehlen, wenn sich die Verbandsvereinigungen der Angelegenheit annehmen und auf ihre Mitglieder einwirken wollten, über bestimmte, das erträgliche Maß nicht überschreitende Zuschläge zu den Einzelgesprächsgebühren nicht hinauszugehen.

— Das Finanzamt erläßt eine Bekanntmachung betr. neue Ermäßigungen beim Steuerabzug vom Arbeitslohn, worauf wir an dieser Stelle besonders aufmerksam machen.

— Von wohl unterrichteter Seite wird uns geschrieben: Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat mitgeteilt, daß nach ihm vorliegenden Berichten zurzeit auf vielen Schlachtviehmärkten tragende Rühre in großer Anzahl als Schlachtvieh zum Verkauf

gestellt werden. Da bei der derzeitigen außerordentlichen Höhe der Schlachtviehpreise, die eine Schlachtung selbst trächtiger Rühre vielfach als vorteilhaft erscheinen läßt, zu befürchten steht, daß diese Schlachtungen überhand nehmen und bedenkliche Folgen für die Viehzucht sowie für die Fleisch- und Milchversorgung mit sich bringen werden, sind die unterstellten Dienststellen, insbesondere die Schlachthofdirektoren darauf hingewiesen worden, für die Beachtung der Bekanntmachung betreffend Schlachtverbot für trachtige Rühre vom 26. August 1915 (R. G. Bl. S. 515) mit Nachdruck Sorge zu tragen. Nach dieser Bekanntmachung ist es verboten, Rühre, Rinder, Kalbinnen sowie Sauen, welche sich in einem derartig vorgeschrittenen Zustand der Trächtigkeit befinden, daß diese den mit ihnen beschäftigten Personen erkennbar ist, zu schlachten. Zuwiderhandlungen werden nach § 5 dieser Verordnung bestraft.

+ Halver, 28. Juli. Die Rektorschule unternahm heute mit allen Klassen unter Leitung der Lehrpersonen Ausflüge. Die Ober- und Untertertia hatte als Ziel: Dechenhöhle, Felsenmeer, Hohensiburg; die Quarta und Quinta: Glörtalsperre usw. und die Sexta: Ennepetalsperre.

+ Schalksmühle, 28. Juli. Ein sauberes Pärchen hatte sich am Dienstag in einem hiesigen Hotel als Mann und Frau einlogiert, nachdem sie sich gut bewirtet ließen und eine Zecher von einigen hundert Mark gemacht hatten, begaben sie sich zur Ruhe. Am andern Morgen machte der Wirt die traurige Erfahrung, daß sich der elegante Cavalier auf und davon gemacht hatte, desgleichen war auch die Dame verschwunden. Der von diesem Vorfall verständigte Oberlandjäger Groß nahm die Verfolgung des sauberen Pärchens auf, und konnte die holde Maid auf dem Wege nach Brügge festnehmen. Nachdem er diese in Nr. Sicher gebracht hatte, nahm der Beamte die Verfolgung des jungen Mannes auf und konnte denselben in Rummerohl, wo er sich bereits eine weitere Fee ergondest hatte, festnehmen. Die Vernehmung ergab, daß der junge Mann, ein 21jähriger Jüngling, angeblicher Großhändler E. aus Dortmund sei. Weiter ergab sich, daß dieser Cavalier seiner vorigen Begleitdame 50 Mk. aus dem Handtäschchen gestohlen hatte. Die holde Dame stammt aus Hamm und wird sich ebenso wie ihr Begleiter demnächst wegen Zechprellerei vor dem Gericht zu verantworten haben.

+ Kierspe, 28. Juli. Das Postamt Meinerzhagen hält vom 1. August ab Anfallmeldungen auch in den Anschlußleitungen ab.

— Dortmund, 27. Juli. Selbstmord des anderen Braß. Wie die „Westfälische Morgenzeitung“ erzählt, hat sich der zweite der Gebrüder Braß, denen zahlreiche Mord- und Raubüberfälle zur Last gelegt werden, heute abend in dem Augenblick erschossen in dem er durch ein Kommando der Dortmunder Schutzpolizei festgenommen werden sollte. Die Schutzpolizei hatte in Erfahrung gebracht, daß Braß sich in Verne im Hause seines Schwagers Krest aufhielt. Das Haus wurde umstellt. Nachdem Braß mehrere Schüsse auf die Beamten abgegeben hatte, schoß er sich eine Kugel in den Kopf und war sofort tot. Als Mittäter schwer belastet wurde der dritte Bruder Karl Braß, sowie der Schwager Krest und der Vetter Fjzmann festgenommen. In dem Hause fand man eine große Menge Waffen und die dazu gehörige Munition vor.

— Quer, 27. Juli. Eine Wahnsinnstat verübte der 21 Jahre alte Bergmann Ewald Barsch, indem er auf der Schachtanlage Graf Bismarck 3/4 in Gegenwart mehrerer Kameraden, denen er vorher gesagt hatte, sie würden jetzt etwas erleben, was sie noch nie gesehen hätten, in einen etwa 40 Meter tiefen Stapel hinabsprang. Man fand ihn dort mit schweren äußeren und inneren Verletzungen auf.

— Münster, 27. Juli. Karl von Droste-Hülshoff †. In Meersburg am Bodensee verschied am 22. d. Mts. im Alter von 79 Jahren der Freiherr Karl von Droste-Hülshoff, der letzte und jüngste Neffe Annetens. Der Verstorbenen bewohnte seit einigen Jahren das Fürstener oder Rebbäuschen, die kleine Besitzung Annetens, wel-

gen — sie ertrug es nicht. Das konnte sie nicht mit einem Abschied abtun, mit einem leichten — „Ach, was kümmert's mich noch!“ — Er muß doch einsehen, daß ich einen Unterförster mit dem kleinen Monatsgehalt nicht heiraten kann! — Das wiederholte sie sich täglich. — Und wenn er es nicht beargwöhnt, kann ich ihm auch nicht helfen! Ich kam mich doch nicht lächerlich vor der Welt machen!

Aber ihr Herz schrie nach ihm. Mit Widerwillen duldete sie die Klänge ihres Verlobten, seine Zärtlichkeiten. Mit jedem Tage wurde er ihr unangenehmer. War sie denn ganz von Sinnen gewesen, als sie sich so schnell hatte einschließen lassen?

Wie ein wilder Traum kam ihr das alles manchmal vor; sie glaubte noch an frohes Erwachen, wenn sie erwartungsvoll und sehnsüchtig den Wald durchschritt, um den Geliebten zu treffen und Gruß und Kuß mit ihm auszutauschen...

Sie suchte Erich Bergers Wege zu kreuzen; sie wollte ihn sprechen, ihm alles erklären — eher fand sie keine Ruhe. Doch er beachtete sie nicht; fremd und kalt ging er an ihr vorüber, so daß ihr im letzten Augenblick der Mut sank; das sonst so feste Jünglein versagte.

Da stampfte sie den Boden, trampfte die Hände in ihr Kleid und schloßte zornig auf. Und sah mit sehnsüchtigen Augen seiner schlanken, stolzen Gestalt nach.

Erich Berger wußte sich gut zu beherrschen; seiner, und Jutta am allerwenigsten, durfte ahnen, was er in sich niederzulämpfen hatte.

Der Oberförster sprach manchmal zu ihm von dem Brautpaar; wie schwer er sich an den Gedanken gewöhne, die Tochter fortzugeben. Ofter oder häufiger nächsten Jahres sollte die Hochzeit sein — man wollte die Verbesserung Hellwigs zum Oberleutnant noch abwarten.

Also beinahe noch ein Jahr!

Erich preßte die Lippen aufeinander. Noch ein Jahr — aber er würde das auch noch überleben...

Einem Augenblick hatte er erwogen, sich versehen zu lassen, aber dann hatte er doch den Gedanken gleich wieder verworfen. Es hätte nur Fremden herbeigerufen! Und sein Stolz gab es auch nicht zu, vor einem treulosen Mädchen zu fliehen.

Fortsetzung folgt.

Kohlenbericht Elektrizitätswert Marl.

Lagerbestand.			
Kraftwerk:	Herbede	Elverlingfen	Siesel
24. 7. 22.	234 t	985 t	657 t
25. 7. 22.	362 t	918 t	624 t
25. 7. 22.	435 t	918 t	574 t



SPORTHAUS STADION

Inhaber: Willy Kottsieper, Hagen,
Körnerstraße 24
gegenüber der Stadt Sparkasse.
Erstes Spezialgeschäft am
Platze. 797

Wochen-Werkblatt.

Kirchliche Nachrichten.

Evangel. Gemeinde Halver. Sonntag, den 30. Juli.
Vorm. 10 Uhr: Predigt Pastor lic. Neuser aus Siegen. —
Vorm. 11 Uhr: Taufen. — 11¹/₂ Uhr: Kindergottesdienst.
Freitag abend 8¹/₂ Uhr: Kirchl. Posaunenchor.

Evangelisches Vereinshaus, Halver. Sonntag, den 30. Juli.
Nachm. 1¹/₂ Uhr: Sonntagschul-Ausflug bei günstigem Wetter
nach Schönerberg. Abends 8¹/₂ Uhr: Bibelstunde, nur
wenn kein Sonntagschul-Ausflug stattgefunden. — Mittwoch
abends 8¹/₂ Uhr: Männerchor. Donnerstag, abends 8³/₄ Uhr:
Blaukreuzverein, Bibelbesprechung.

Freie evangelische Gemeinde Halver, Berlinerstr. 27 a.
Sonntag, den 30. Juli morgens 9¹/₂ Uhr: Gebetungsstunde.
— 11 Uhr: Sonntagschule. — Nachm. 4 Uhr: Bibl.
Vortrag, Thema: „Nahe Erscheinung des Antichristen und
sein Wirken. — Donnerstag abend 8³/₄ Uhr: Bibel- und
Gebetstunde. — Samstag abend 8 Uhr: Männer- und
Jünglingsverein.

Kath. Gemeinde Halver. Sonntag, den 30. Juli 1922.
8 Uhr: Frühmesse mit Predigt. 10¹/₂ Uhr: Hochamt mit
Predigt. 2¹/₂ Uhr: Segensandacht.

Evangelische Gemeinde Schalksmühle. Sonntag, 30. Juli
Missionsfest. 10 Uhr: Gottesdienst Direktor Fries. 11¹/₂
Uhr: Kindergottesdienst. 4 Uhr: Nachversammlung in der
Kirche. Dienstag 8¹/₂ Uhr: Jungfrauenverein. Mittwoch
8¹/₂ Uhr: Bibelstunde. Donnerstag 8¹/₂ Uhr: Vorbereitung
zum Kindergottesdienst. 8¹/₂ Uhr: Posaunenchor. Freitag
8¹/₂ Uhr: Jünglingsverein, Bibelbesprechung.

Evangelische Gemeinde Brügge. Sonntag, 30. Juli,
10 Uhr: Gottesdienst. 11 Uhr: Repräsentantenversammlung.
Dienstag 8¹/₂ Uhr: Kirchenchor. — Mittwoch 8 Uhr:
Posaunenchor. Donnerstag 4 Uhr: Frauenverein Abende.

Kath. Gemeinde Kierspe-Whf. Sonntag, den 30. Juli,
Vorm. 9 Uhr: Beichtgelegenheit. 9¹/₂ Uhr: Hochamt
mit Predigt in der Schule.

Familien-Nachrichten.

Geburten: —

Getauft: Heinrich Fritz Arnold, Dahlebrück. Hans Eugen
Kimmel, Brügge. Margarete Waltraut Prior, Brügge.
Walter Diet, Winkhausen. Hannelore Berta Götting,
Lützenbach.

Verlobte: Maria Göttert, Nadenheim a. Rh. und Wilhelm
Vogel, Halver. Margarethe Freund und Hugo Schulte-
Körne, Dortmund.

Vermählte: Paul Pohlmann, Halver und Helene Weisfel,
Oberbrügge.

Gestorben: Wwe. Wilhelm Bachhaus, Stöcken b. Kierspe 80 J.,
gest. 25. 7. 22. Berta Schoeler, Brederfeld, 77 J., gest.
21. 7. 22. Ernst Siemens, Lützenbach, 39 J. Emilie Röll,
Brügge, 11³/₄ J. Walter Plate, Winkhausen, 2 Tage alt



Opel-Automobilverkauf Franz Cremer & Co.

Karl- und Körnerstraßen-Ecke Hagen i. Westf. Fernsprech-Anschluß Nr. 2193

Bekanntmachung.

Die Firma Karl Falkenroth Söhne zu Schalksmühle beabsichtigt, auf dem Grundstück Flur 5 Nr. 829/6 etc. der Steuergemeinde Schalksmühle ihr durch Hochwasser des Volmeinflusses gefährdetes westlich ihrer Fabrik gelegenes Grundstück durch eine Ufermauer zu befestigen und einen Teil des Volmeinflusses rechts und links ihrer zur Fabrik führenden Brücke bis zum 1. Brückenpfeiler zu überwälzen.

Dies wird mit der Aufforderung zur öffentlichen Kenntnis gebracht, etwaige Einwendungen nicht privatrechtlicher Natur binnen 14 Tagen nach Ausgabe dieses Blattes bei dem Unterzeichneten schriftlich in zwei Ausfertigungen oder zu Protokoll anzubringen; nach Ablauf der Frist können Einwendungen in dem Verfahren nicht mehr angebracht werden.

Die Beschreibungen, Zeichnungen und Pläne liegen bis zum Ablauf der Frist auf dem hiesigen Amtsbüro, Zimmer Nr. 9, innerhalb der Dienststunden zur Einsicht aus.

Zur mündlichen Erörterung der rechtzeitig erhobenen Einwendungen wird Termin vor dem Unterzeichneten

auf Mittwoch, den 16. August d. J., vormittags 10 Uhr, im Amtshause Zimmer Nr. 9, mit dem Bemerkten anberaumt, daß im Fall des Ausbleibens des Unternehmers oder der Widersprechenden gleichwohl mit der Erörterung der Einwendungen wird vorgegangen werden.

Halver, den 25. Juli 1922.

Der Amtmann

Bekanntmachung.

Neue Ermäßigung beim Steuerabzug vom Arbeitslohn. Die Beträge, um die sich der von dem Arbeitslohn (Bar- und Natural- oder Sachbezüge) einzubehaltende Betrag von 10 v. H. des Arbeitslohns ermäßigt, betragen bei jeder nach dem 31. Juli 1922 erfolgenden Lohnzahlung von einem nach dem 31. Juli 1922 fällig gewordenen Arbeitslohn vom 1. August 1922 ab

1.) für den Arbeitnehmer und für seine zu seiner Haushaltung zählende Ehefrau das Doppelte der bisherigen Sätze, also monatlich 40. — Mk. wöchentlich 9.60 Mk., täglich 1.60 Mk., für je 2 Arbeitsstunden 0.40 Mk.

2.) für jedes zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende minderjährige Kind ohne eigenes Arbeitseinkommen bzw. nicht über 17 Jahre alte Kind mit eigenem Arbeitseinkommen oder für jeden vom Finanzamt zur Berücksichtigung zugelassenen mittellosen Angehörigen die doppelten Sätze wie zu 1., also monatlich 80. — Mk., wöchentlich 19.20 — Mk., täglich 3.20 Mk., für je 2 Arbeitsstunden 0.80 Mk.

3.) für den für den Arbeitnehmer zugelassenen Pauschal zur Abgeltung der nach § 13 zulässigen Abzüge (Werbungskostenpauschale) das Doppelte der bisherigen Sätze, also monatlich 90. — Mk., wöchentlich 21.60 Mk., täglich 3.60 Mk., für je 2 Arbeitsstunden 0.90 Mk.

Der Arbeitgeber bleibt nach wie vor an die auf dem Steuerbuche für die Berücksichtigung vermerkte Zahl von Familienangehörigen gebunden.

Lüdenscheid, den 27. Juli 1922.

Finanzamt,

Dr. Plew, Regierungsrat.

Fuhrwerksvereinigung Halver.

Durch die weiter enormen Preisaufschläge für Futtermittel und sonstige Unterhaltung des Fuhrbetriebes sind wir gezwungen, die Preise vom 1. August wie folgt zu erhöhen:

Stundenlohn 1 Pferd 150 M., 2 Pferde 250 M.
Waggonladungen und Stückgut 75% Zuschlag.

Bergisches Schuhlager

Inhaber: Friedrich auf der Horst

Lüdenscheid :: Wilhelmstraße 22

1. Stockwerk im Restaurant „Wilhelmshof“.

Die anerkannte Bezugsquelle für

Qualitäts-Stiefel erster Ordnung

solider Eleganz und mäßiger Preise.

Werktagsschuhe

in prima Ausführung.

Maschinenhauer u. Hilfsarbeiter

gegen guten Lohn sofort gesucht.

Seilensabrik G. Mundorf & Co.,
Bergerhof.

Erhielt eine große Auswahl

Damen-Mäntel für Herbst u. Winter

in allen Farben neueste Machart Preis 1600

Hochfeine Herren-Anzüge

in verschiedenen Preislagen.

Gestriifte Pilot-Arbeiter-Hosen

gute schwere Ware Preis Mk. 500

GARDEWEG,

Kreuzberg b. Wipperfurth.

Elektr. Anlagen

für Industrie und Landwirtschaft.



Bergstrasse 123.

Fernruf 259, 3915.

Automobil-

Lackierungen

Polsterungen, Karosserie,
Reparaturen und
Umänderungen,
Verdecke - Kotflügel - etc.

Feinste Referenzen d. erst. Herrschaften

W. Röhle, Hagen

Rehstraße 27. Telefon 406 (Herres).

Goldene u. silberne Medaillen.

Größte helle Werkst. f. ca. 30 Wagen.

Großes Lager preiswerter

Beleuchtungskörper

Elektr. Heiz- u. Kochapparate,
Staubsauger, Bügeleisen,
Haartrocken-Apparate

Elektrizitäts-Gesellschaft

Geißler & Schuller,

HAGEN i. W., Elberfelderstraße 44.

— Telefon 2314. — 1320

Walter Schulle,

G. m. b. H. HAGEN i. W. G. m. b. H.

-- Fernruf 3173. --

Treibriemen-Fabrik. 1333

Kernleder-Treibriemen für jede

Betriebsart. Riemenreparaturen

Baumwoll-, Kamelhaar- u. Balat-Treibriemen

Transportgurte und Förderband: Näh- und

Binderriemen: Rund- und Kordel-Schnur

Handleder u. alle technischen Lederwaren.

Wer tauscht

in Halver eine 3 Zimmer-
wohnung gegen eine große
2 Zimmerwohnung in Hagen.
Wer, sagt die Geschäftsst.
des Allgemeinen Anzeigers
Halver.

Preislisten, Kataloge

für
die Klein-
eisenindustrie wer-
den als Spezialität schnell
u. preiswert angefertigt. Stelle
hierzu aus meinem
großen Vorrat Clichés
kostenlos zur Ver-
fügung.

Willh. Bell jr., Halver i. W.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teil-
nahme beim Heimgange unserer lieben
Mutter sagen wir allen unsern innigsten
Dank.

Geschwister Eicker.

Ennepe, den 29. Juli 1922.

Tabak

empfiehlt

Fr. Herm. Bohmer,
Schalksmühle.

Die schon seit 30 Jahren
in meinem Besitz befindlichen
Milchprüfungsapparate,
sowie der staatliche ge-
prüfte Berliner Markt-
polizei Milchprüfer nebst
Gebrauchsanweisung stehen
meinen Milchkunden zur
Verfügung, um die

Beschaffenheit d. Milch

selbst zu prüfen.

Fr. Wilh. Schürmann,

Halver.

Altmetalle

wie: Kupfer, Messing,
Blei, Zink.

Eisenschrott

alte Gießel usw.

kauft stets zu höchsten Preisen

Firma

Friedr. Ernst Häusler,

Kierspe-Whf.

Telefon 143, Amt Meinerzh.

Von elektrotechnische Spe-
zialfabrik in Schalksmühle
wird ein erstklassiger

Werkzeug- schlosser

sofort in dauernde Stellung
gesucht. Der betreffende
muß speziell in der Her-
stellung von Massenschlüssen
vollkommen sein.

Angebote mit Eintritts-
tag und Zeugnisabschriften
unter E. 1000 an die
Geschäftsst. d. Allg. Anz.,
Halver, erbeten.

Mehrere tüchtige

Gabelrecker

gegen hohen

Affordlohn gesucht

Gustav Melsenhöfer,

Schalksmühle.